

HANS THIE

EXIT STATT EXITUS

DAS ROTE PROJEKT FÜR DEN GRÜNEN UMBAU IN 16 LEITSÄTZEN

Angesichts fundamentaler ökologischer Herausforderungen bedarf es grundlegender Veränderungen. Diese Einsicht wird allmählich Allgemeingut und beginnt die politische Agenda zu durchdringen. Selbst hartgesottene Liberale und Konservative neigen in besinnlichen Stunden zu erstaunlichen Bekenntnissen. Häufig allerdings dürfte statt echter Läuterung Anpassung im Spiel sein, Anpassung an den diskursiven Trend zum «grünen Kapitalismus», zum «Green Growth» (OECD).

Anders als die schwarz-gelben Gestalten mit ihrer offenen ökologischen Flanke können Sozialdemokraten und Grüne auf diesen Trend setzen – nicht nur als Lippenbekenntnis, sondern auch als politisches Angebot. Sie formulieren die Umrisse eines veränderten, systemkonformen Konsenses: Die Technologien müssen rohstoffeffizienter und verbrauchsärmer werden, um auf diesem Wege für eine erneute, nun aber von grünen Investitionen getragene Welle des Wachstums zu sorgen.

Wollte DIE LINKE diesem neuen, allmählich Gestalt gewinnenden Konsens nur eine soziale Note verleihen, also etwa für sozial verträgliche Energiepreise sorgen oder Arbeitsplatzsicherheit im anstehenden grünen Wandel fordern, hätte sie ihre historische Aufgabe nicht nur zu bescheiden formuliert, sondern auch verfehlt. Es geht vielmehr um ein eigenständiges, linkes Umbaukonzept. Ein solches Konzept ist wichtig für die gesellschaftliche Debatte in Deutschland, und ein solches Konzept braucht DIE LINKE im eigenen Interesse.

Vorhandene Ideen einer Entkoppelung von Naturverbrauch und Wirtschaftswachstum (Bundesregierung) oder eines «Green New Deal» (Grüne, Teile der SPD) konzentrieren sich auf technische Veränderungen. Sie setzen stillschweigend (bisweilen auch explizit) voraus, dass Wirtschaft und Gesellschaft trotz der ökologischen Gefährdungen keiner grundlegenden Erneuerung bedürfen. Ebenso wenig erkennen die anderen Parteien, dass soziale Gerechtigkeit ein zentrales ökologisches Thema ist. Angesichts dieser Beschränkungen kann und muss die ökologische Stunde der Sozialisten schlagen.

Bislang hat DIE LINKE ihre Vorschläge zum Umbau der Gesellschaft aus der Perspektive und mit dem Ziel sozialer Ge-

rechtigkeit präsentiert. Das ist in aktuellen Auseinandersetzungen immer wieder richtig, auf Dauer aber eine nicht mehr zeitgemäße Verengung auf Verhältnissverhältnisse zwischen Menschen. Auch das Verhältnis zur Natur, genauer: die große Korrektur dieses Verhältnisses, verlangt Gerechtigkeit, erfordert egalitäre Antworten. Denn «Gleiches Recht für alle» (also gleiches Recht auf Naturnutzung, gleiche Pflicht zum Umweltschutz) ist die beste und die wirksamste Umbau-Maxime, weil Produktion und Konsumtion nahezu in ihrer Gesamtheit auf dem Prüfstand stehen, weil die Veränderungen nicht diktatorisch, sondern demokratisch erfolgen sollen, weil angesichts des notwendigen Tempos möglichst viele sich den Umbau zu eigen machen sollen.

Dabei ist der Grundsatz gleichen Rechts für alle nicht so abseitig radikal wie er erscheint. Denn zumindest in der internationalen Klima- und Umweltpolitik wächst – trotz aller Verrenkungen auf dem Papier und aller Beschränkungen in der Praxis – das zunächst nur moralische, aber allmählich auf Anerkennung drängende gleiche Recht auf einen bestimmten Umweltraum. Das demokratische Prinzip – one (wo)man, one vote – erhält seine ökologische Ergänzung; one (wo)man, one piece of nature.

Darüber hinaus enthalten internationale Verhandlungen und Beschlüsse – trotz allen Scheiterns weitreichender Festlegungen, trotz vieler folgenloser Gelöbnisse – einen weiteren normativen Fortschritt, der zu würdigen ist. Denn neben dem aufkeimenden egalitären Recht wächst ein weiteres Prinzip: Kooperation. Klima- und Umweltprobleme sind letztlich nicht imperial, sondern nur kooperativ zu bewältigen. Solche fundamentalen Grundsätze, die auf Diplomatenpapier, aber auch in praktischen Handlungen reifen, sind zu verallgemeinern. Was klimapolitisch als normatives Fundament zwischen den Staaten gilt, sollte und muss generell gelten. Was international als Maßstab zählt, sollte auch national und regional bindend werden. Demokratisch und mit Tempo wird der Umbau nur in Fairness und Kooperation gelingen.

Unter dem Druck der ökologischen Gefahren kann die sozialistische Perspektive wieder klarer werden und ihre Belieblichkeit verlieren. Ökologisch gesehen ist eine gerechtere Gesellschaft kein beliebiges Programm, kein Wunschkonzert,

kein nostalgisches Schwelgen, sondern ein beinhardter Sachzwang. So ist beispielweise die von der LINKEN geforderte umfassende soziale Sicherung nicht nur wichtig, um Gegenwartsinteressen zu wahren. Sie ist auch als verlässliche Basis für den Umbau unverzichtbar. Nur umfassende Sicherheit in existenziellen Fragen sorgt für ein hinreichendes Maß an angstfreier Bereitschaft, neue Wege zu gehen. Diesen Zusammenhang nicht mal im Ansatz zu erkennen und stattdessen das Ausmaß existenzieller Nöte drastisch zu steigern, war das große Versagen von Rot-Grün und folgender Koalitionen. Gegen dieses Versagen hat sich DIE LINKE positioniert und ein Gerechtigkeitsprofil etabliert. Es ist nun an der Zeit, dieses Profil zu erweitern. DIE LINKE hat mit der sozialen Gerechtigkeit gewissermaßen den Schlüssel in der Hand. Jetzt gilt es, ihn auch umzudrehen, weitere Türen zu öffnen und insbesondere jenen Raum zu betreten, in dem es um

Globale Perspektiven

1. NATURGRENZEN RESPEKTIEREN, PRODUKTIONSWEISE ÜBERWINDEN. Die Menschheit steht vor einer Aufgabe historisch beispielloser Dimension. Es geht darum, eine Produktionsweise zu überwinden, die fundamentale Lebensgrundlagen gefährdet. Beispiellos ist die Aufgabe, weil sowohl die Produktionsverhältnisse als auch die Art und der Umfang unserer Naturnutzung zu ändern sind.

Im Unterschied zu früheren Zeiten stehen nicht nur die Verhältnisse zwischen den Menschen zur Debatte. Es geht nicht nur um Produktion und Verteilung, um Aneignung und Enteignung, um Ungleichheit und Gleichheit, um Kapitalismus und Sozialismus. Zur Debatte stehen auch die Qualität und der Umfang unserer Ausbeutung natürlicher Ressourcen – und das wiederum nicht nur lokal und regional, sondern global. Die Folgen einer nicht nachhaltigen Art, zu produzieren und zu konsumieren, sind überall auf dem Globus erkennbar: Von den schrumpfenden Korallenriffen bis zu den schmelzenden Hochgebirgsgletschern, vom hautkrebsgeplagten Australien bis zu den auftauenden Permafrostböden Sibiriens und Alaskas, vom steigendem Meeresspiegel bis zum sinkendem Grundwasser in vielen Regionen.

Der Klimawandel und seine Folgen, die Erschöpfung endlicher Ressourcen, das Artensterben und die Gefährdung von Naturräumen, die fortschreitende Bodenerosion und Wüstenbildung, die Abholzung von klima- und bodenökologisch relevanten Wäldern im großen Stil – all das kann niemand mehr ernsthaft bestreiten oder als bedeutungslos zur Seite schieben. Das Umweltkonto ist überzogen. Substanzverzehr und Raubökonomie – das ist die Realität nicht nur an einer, sondern an vielen Fronten. Es geht also nicht nur um die Atmosphäre, deren Aufnahmekapazität sich erschöpft, deren Verhalten sich (in Wechselwirkung etwa mit der Freisetzung von Methan und CO₂ aus auftauenden Böden und sich verändernden Meeren) dramatisch wandeln könnte. Kritisch ist in vielen Regionen dieser Erde auch der Zustand der Böden und Gewässer, der beiden anderen Senken, die über Gebühr mit Schadstoffen überladen werden. Zugleich wächst die Zahl

eine neue, ökologisch verträgliche Art ökonomischer und sozialer Entwicklung geht. In diesem Sinne gibt es diverse Vorarbeiten vorwiegend fachpolitischer Natur. Damit sind Duftmarken gesetzt, Teilbereiche bereits konkretisiert und entsprechende Forderungen präzisiert. Mosaikstücke sind gefunden, aber noch keine Vision umrissen, kein Konzept formuliert, keine Strategie benannt, kein Bild einer lebenswerten Zukunft gemalt.

Die nachfolgenden Leitsätze verstehen sich als Problemabriss mit konstruktiver Wendung. Das heißt: sowohl die Herausforderungen kommen zur Sprache als auch (eher grundsätzliche) Vorschläge, um sie zu bewältigen. Insofern dienen die Leitsätze zunächst der Verständigung über die großen Linien. Kantige Formulierungen sind bewusst gewählt, damit etwaige Differenzen und der entsprechende Klärungsbedarf deutlich werden.

der Rohstoffe, deren Verfügbarkeit auf längere Sicht fraglich wird oder deren Ausbeutung zu teuer beziehungsweise ökologisch nicht mehr zu rechtfertigen ist.

Der Umfang der Naturnutzung überschreitet die Grenzen der Tragfähigkeit. Das zeigen verschiedene zusammenfassende Maße. Ob gemessen als ökologischer Fußabdruck, als ökologischer Rucksack oder in Dimensionen der Zeit (Tempo der Ausbeutung von Rohstoffquellen, der Belastung der Schadstoffsenken oder des Sterbens der Arten) – sie alle geben zu erkennen, dass die Lebensgrundlagen erodieren. Wer an der Zuverlässigkeit solcher Indikatoren zweifelt, mag sich das aus dem alten Ägypten bekannte «Verdopplungsphänomen» vor Augen führen und auf die Ressourcenmengen beziehen. In jeder Periode, in der sich der Ressourcenverbrauch gegenüber der vorhergehenden verdoppelt, wird so viel verbraucht wie in der gesamten Geschichte zuvor. Eine abermalige Verdopplung in den kommenden 30, 40 Jahren wird es definitiv nicht geben. Das halten die Senken nicht aus, das geben die Quellen nicht her. All das bedeutet: Die Logik industrieller Verwertung einerseits und der Reproduktion der Natur andererseits sind (angesichts der heute erreichten Mengendimensionen) nicht mehr kompatibel. Entsprechend ist wirtschaftliche Entwicklung grundlegend neu zu denken.

2. ZEITFAKTOR ERKENNEN, UMBAU ALS PRIORITÄT NR. 1 DEFINIEREN. Es geht ums Ganze der Produktionsweise nicht erst irgendwann spät im 21. Jahrhundert, sondern bereits in den kommenden Jahrzehnten.

Im Zeitraum von heute bis 2030 stehen fundamentale Fragen zur Entscheidung. Weiter auf einem industriellen Pfad, der zunehmend die natürlichen Lebensgrundlagen auf diesem Planeten gefährdet? Oder entschlossener Übergang zu einer klima- und naturverträglichen Produktionsweise? Gewaltsamer Kampf um Ressourcen? Oder Senkung des Rohstoffverbrauchs und insbesondere Abschied vom Öl, um Konflikte einzudämmen? Weiteres «Ölen» der Wachstumsmaschine-

rie? Oder Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, sodass Wachstum seinen Zwangscharakter verliert und politisch entschieden werden kann, was wachsen und was weichen soll? Die Rede vom Zeitfenster der kommenden zwei Jahrzehnte hat nachvollziehbare Gründe. Sowohl die Überlastung der Senken als auch die Erschöpfung der Quellen verlangen zügiges Handeln. Je länger die rücksichtslose Versenkung von Schadstoffen in Luft, Boden und Gewässern anhält, desto aufwändiger werden die Reparaturen, desto brutaler werden die Anpassungen und umso mehr ist mit Umschlagspunkten zu rechnen, die qualitativ neue, bislang unbekannte Probleme zeitigen.

Die Zeitnot betrifft gleichzeitig die Quellen. Die Ölförderung hat ihren Förderhöhepunkt (Peak Oil) allem Anschein nach bereits hinter sich. In der näheren Zukunft werden weitere Energieträger und vermutlich auch einige mineralische Rohstoffe ihr Fördermaximum überschreiten. Ein verringertes Angebot bei gleichzeitig weiter wachsender Nachfrage lässt die Preise steigen und hat weitere Folgen, wie etwa die Jagd auf Bioressourcen, die als Ersatz dienen sollen. Das wiederum verschärft Nutzungskonkurrenzen (Energie- versus Nahrungsproduktion) und lässt den Boden noch mehr zum knappen Gut werden. Von «Peak Soil» ist die Rede, und manche Experten sprechen bereits von «Peak Everything». Folglich muss die allseits beschworene Reduktion des Energie- und Stoffverbrauchs schon in den kommenden zwei Jahrzehnten zu einem deutlichen und anhaltenden Trend werden, wenn nicht die Schäden ins nicht mehr Beherrschbare steigen sollen.

3. IN GLOBALER VERANTWORTUNG HANDELN, ABER NICHT IN DIE FALLE EINER FALSCHEN GLOBALPOLITIK TAPPEN. Die Natur kennt keine Landesgrenzen, am wenigsten das Klima. Die Atmosphäre ist von vornherein ein globales öffentliches Gut. Um die Atmosphäre zu schützen, muss sich die Menschheit als globale Gemeinschaft konstituieren. Damit sind Egalität und Kooperation (zwei fortschrittliche Prinzipien!) als Anforderung gesetzt. Zugleich aber scheint die Schlussfolgerung nahe zu liegen, dass Klimapolitik nur im internationalen Gleichschritt erfolgen kann und soll. Dann aber bestimmt das Minimum des Konsenses das Maximum der Emissionen. Dieses Konzept ist in Kopenhagen Ende 2009 erneut gescheitert.

Der Klimawandel verlangt neue Einsichten und neue Konsequenzen. Zum ersten Mal in der Geschichte muss sich die Menschheit als globale Schicksalsgemeinschaft bilden und ein gemeinsames konkretes Ziel setzen, nämlich die Klimaerwärmung auf ein erträgliches Maß zu begrenzen. Dabei ist – zumindest in feierlichen Erklärungen – anerkannt, dass die reichen Länder ihre Emissionen am meisten reduzieren und die ärmeren Länder durch Transferzahlungen die Chance haben müssen, einen von vornherein ressourcenleichteren Weg einzuschlagen. Solche normativen Fortschritte sind zu würdigen. Denn allmählich reift ein neues ökologisches Maß für Gerechtigkeit. Es entsteht ein universell gleiches Recht auf einen Anteil an dem, was die Erde bietet, und eine universell gleiche Pflicht, die Lebensbedingungen zu schützen.

Die harten Konsequenzen allerdings sind noch nicht gezogen worden. Es gibt weder ein Reglement, das der Problemlage angemessen ist, noch durchsetzungsfähige Institutionen. Stattdessen dominiert die Auffassung, dass man im Konsens und im Gleichschritt handeln müsse. Dann aber bestimmen die Zauderer das Tempo, so wie es die USA als zugleich mächtigster und schmutzigster Staat jahrelang getan haben. Primär auf ein globales Emissionsregime zu setzen, bedeutet folglich Abhängigkeit von den Gegnern ambitionierter Klimapolitik.

Um der Konsensfalle zu entgehen, ist ein entschiedener Dissens fällig, ein Dissens gegen falsche Kostenthesen. Erneuerbare Energien sind schon heute kostengünstiger als konventionelle Energieträger, wenn die gesellschaftlichen Gesamtkosten als Vergleichsgrundlage genommen werden. Selbst bei einer engen betriebswirtschaftlichen Betrachtung (ohne Berücksichtigung der externen Kosten und ohne systematische Würdigung der unterschiedlichen Investitionszyklen) bewegen sich bei Strom und Wärme die Kostenkurven von fossilen Energieträgern einerseits und regenerativen Energien andererseits schnell aufeinander zu. Die eine ist in den vergangenen Jahren rasant gestiegen, die andere gefallen. In Teilsegmenten ist der Kreuzungspunkt bereits erreicht, in anderen ist er mittelfristig absehbar. Würde man die externen Kosten (Klimaschäden, Gesundheit, Militär und Polizei, Naturverbrauch) und die Unterschiede im Investitionszyklus (alte, weitgehend oder vollständig abgeschriebene Atom- und Fossil-Anlagen gegen neue Regenerativ-Anlagen mit hohem Kapitalkostenanteil) systematisch in den Kostenvergleich einbeziehen, wären die volkswirtschaftlichen Vorteile schon heute eindeutig.

4. IM NORDEN INDUSTRIELL ABRÜSTEN, IM SÜDEN ANDERE ENTWICKLUNGSMUSTER VERWIRKLICHEN. Die globale ökologische Verantwortung haben alle Länder dieser Erde, aber nicht im gleichen Maß. Die reichen Länder müssen industriell abrüsten und sich auf einen ressourcenleichten Pfad begeben. Die ärmeren Länder haben einen Anspruch auf Entwicklung und werden ihren Naturverbrauch relativ und absolut ausdehnen. Denkt man jedoch das notwendige Wachstum der Entwicklungsländer in den herkömmlichen, von den Industrieländern vorgezeichneten Bahnen, zeigt sich sogleich dessen ökologische Unmöglichkeit. Wird das jetzige Modell der reichen Länder das künftige Modell der armen Länder, ist eine Lösung der Probleme von vornherein unmöglich. Die Entwicklung der Entwicklungsländer muss zu einem frühen Zeitpunkt sozialökologisch erfolgen, wenn mehr als nur kleine Minderheiten profitieren sollen.

Wenn es für die globalen Armen noch Raum, Masse und Zeit für Entwicklung geben soll, dann müssen die globalen Reichen ihren Naturverbrauch drastisch reduzieren. Drastisch heißt: um rund 90 Prozent. Wenn der Ressourcenverbrauch der Industrieländer auf seinem heutigen Niveau anhält, werden Entwicklungschancen zunehmend verengt. Das gilt für die Verfügbarkeit von Ressourcen als auch für ihre zu erwartenden Preise. Die Armen dieser Welt begeg-

nen einem gewissermaßen historischen Verfügbarkeits- und Kostenproblem. Die leicht zugänglichen und deshalb preiswerten Rohstoffe (low hanging fruits) sind bereits von den Industrieländern angeeignet worden. Künftig werden die Rohstoffpreise im Trend vermutlich stark steigen. Je seltener, verborgener und unreiner die Rohstoffe, desto aufwändiger die Extraktion, desto höher die Preise. Erschwerend wird bei manchen Vorkommen hinzu kommen, dass auch die Ökobilanz der Gewinnung deutlich schlechter wird, wie etwa der Abbau von Ölsanden in Kanada zeigt.

Gegen diese eher düstere Erwartung ist die dynamische Entwicklung von Ländern wie China oder Indien kein Gegenargument, sondern eher der finale Beweis. Denn mit ihrem Aufstieg ist der weltweite Kampf um Ressourcen schärfer und die Sicherheit der Rohstoffversorgung zum Topthema geworden. Es mehren sich die Warnungen, dass man sich auf den Markt nicht verlassen könne. Vielleicht sei es besser, meinen mittlerweile auch deutsche Konzernchefs, China nachzuzahlen und Tauschgeschäfte zu organisieren (Technologie gegen Rohstoffe auf der Basis bilateraler Abkommen).

Wer die möglichen Folgen knapp werdender Rohstoffe (Rückfall in reine Tauschgeschäfte zu Lasten Dritter, Rohstoff-Imperialismus) eindämmen will, muss Konsequenzen ziehen und insbesondere den Bedarf drastisch reduzieren. Blickt man auf die Welt insgesamt, zeigt sich schnell die Idiotie mancher Wachstumsgelüste. Kann sich die globale PKW-Flotte von heute 700 Millionen auf 1,4 Milliarden verdoppeln? Mit welchen Antrieben? Woher kommen, wenn Elektro-Autos die längerfristige Perspektive sein sollen, die Strommengen und nicht zuletzt die schon heute kritischen Metalle? Solche Beispiele zeigen, dass die bisherige Entwicklung von Europa,

Nordamerika, Japan und anderen entwickelten Ländern nicht der Normalfall der Geschichte, vielmehr ein Sonderfall ist, der angesichts begrenzter Ressourcen nicht zu verlängern und schon gar nicht auf die Welt zu verallgemeinern ist.

Dieser Sonderfall wird in absehbarer Zeit ein Ende finden. Ob dieses Ende chaotisch und gewaltsam sein wird, ob wir uns einem veränderten Zustand mit noch schärferer sozialer Spaltung und vielleicht sogar mit diktatorischen Zügen nähern werden oder ob der schnelle Einstieg in einen umfassenden Umbau gelingt – das ist die unentschiedene Frage.

Die Menschheit stellt sich nur Aufgaben, die sie auch lösen kann, hat Karl Marx einmal behauptet. Wenn wir für einen Augenblick von der herrschenden Idiotie abstrahieren, die im Angesicht wechselseitiger Abhängigkeit und Verletzlichkeit den selbstsüchtigen Nutzenmaximierer zum Helden erklärt, werden die Chancen durchaus sichtbar, die unter der Oberfläche schlummern. Technisch ist die Ablösung fossiler und atomarer Energie möglich. Auf einer neuen Ressourcenbasis könnten Wirtschaftskreisläufe entstehen, die regionale Souveränität begründen und den globalen Transportbedarf deutlich senken. Im Austausch mit dem Norden würden die Länder des Südens die heute schon vorhandenen, passfähigen Technologien dezentraler Produktion nutzen und nach eigenen Bedürfnissen weiterentwickeln.

Reichlich Stoff also für einen globalen New Deal, von dem allerdings niemand weiß, ob er jemals zu erreichen sein wird. Umso dringlicher ist der konzeptionelle und praktische Nachweis, dass es möglich und sinnvoll ist, im Rahmen einzelner Länder oder Ländergruppen voranzugehen. Dieser Nachweis lässt sich schlüssig formulieren, und zwar in jeder relevanten Hinsicht. Der Umbau ist nicht nur ethisch und ökologisch geboten, sondern auch eine wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit.

UMBAU-PERSPEKTIVEN FÜR DIE BUNDESREPUBLIK

5. VORHANDENE TENDENZEN DER ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK ERWEITERN UND BESCHLEUNIGEN. Umweltpolitik gibt es seit 40 Jahren. Entsprechend vielfältig sind die Strategien und Instrumente, die für mehr Nachhaltigkeit sorgen sollen. Fortschritte wurden bei einzelnen, eingrenzenden Problemen erzielt, meistens als Reaktion auf entstandene Schäden. Das bislang wirksamste Instrument, um bewusst und vorausschauend für einen Strukturwandel zu sorgen, ist das EEG. Es zu verteidigen, wird in 2011 und in den Folgejahren zu einer zentralen Aufgabe. Weitere Reformen ähnlicher Wirkmächtigkeit werden gebraucht.

Das EEG, das Erneuerbare Energien Gesetz, ist das wichtigste deutsche Umbau-Gesetz. Allein im Zeitraum 2009 und 2010 sind regenerative Anlagen entstanden, deren Erzeugungskapazität an das Potenzial sämtlicher Atomkraftwerke heranreicht. Mit längeren AKW-Laufzeiten gefährdet die schwarz-gelbe Energiepolitik das EEG. Denn die vorrangige Einspeisung von Öko-Strom passt, je höher sein Anteil, umso weniger zu einem Grundlastkonzept mit unflexiblen Atomkraftwerken. Dieser Systemkonflikt wird vermutlich schon in 2011 eskalieren.

Zu erwarten ist ein Generalangriff auf das Zentrum des EEG, auf den Einspeisevorrang in Kombination mit rentablen Preisen. Wird das EEG kastriert («marktförmig ausgestaltet», wie es dann heißt), verliert die Branche der erneuerbaren Energien ihre Investitionshoheit, verlieren tausende Projekte ihre Kalkulationsbasis. Die Energiewende von unten, die Energieautonomie in eigener Regie, die hunderte Kommunen verwirklichen wollen, wäre gefährdet.

Jenseits des EEG ist es in der Vergangenheit gelungen, dort Fortschritte zu erzielen, wo sich Probleme des Umweltschutzes und des Naturerhalts klar eingrenzen lassen. Beispiele sind etwa die Rauchgasentschwefelung von Kraftwerken, das FCKW-Verbot von Kühlgeräten, Jagdverbote und diverse Grenzwerte für Schadstoffe in Produkten und Produktionsprozessen. Insgesamt blieb die Umweltpolitik allerdings reagierend, nachsorgend, reparierend. Sie stellt sich den einzelnen Problemen in der Regel erst, wenn sie da sind, wenn negative Folgen nicht mehr zu ignorieren sind. Umweltschutz bisheriger Art ist unzureichend, weil ein systemischer Ansatz zur vorsorgenden Reduktion der ökologischen Gesamtlast fehlt. Das gilt besonders für die großen Verbrauchskomplexe Energie, Gebäude/Infrastruktur, Verkehr/Mobilität sowie fleiscentrierte und damit emissions- und transportintensive Ernährungswirtschaft.

Bislang dominiert die Auffassung, dass es möglich sei, die herkömmliche Wirtschaftsweise sowie ihre Steuerungs- und Anreizregeln zu durchgrünen, ohne sie substantiell zu verändern, ohne sektorale Entwicklungen massiv zu beeinflussen. Ebenso wenig wird Gerechtigkeit als zentrales ökologisches Thema erkannt. Dabei stößt jede sinnvolle Verteuerung des Ressourcenverbrauchs schnell an Akzeptanzgrenzen, weil höhere Preise Normalverdiener spürbar treffen, Reiche dagegen kaum. Deshalb muss jede fortschrittliche Umwelt- und Energiepolitik die Verteilungsfrage klären, die oberen Einkommen kappen und die unteren stärken. Das Gegenteil zu tun, war das große, immer noch unfassbare Versagen von Rot-Grün. Wer die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen massiv vorantreibt, wer Millionen Menschen die Planungsgrundlage fürs alltägliche Leben raubt, darf sich nicht wundern, dass die Unterstützung schwindet.

6. VON DER RELATIVEN ENTKOPELUNG ZUM ABSOLUT UND SCHNELL SINKENDEN VERBRAUCH – DAS REBOUND-PROBLEM LÖSEN. Entkoppelung heißt das Zauberwort der systemkonformen Umweltpolitik. Die Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum soll die ökologischen Probleme lösen und gleichzeitig dauerhaftes Wachstum ermöglichen. In der Praxis wird dieser Ansatz häufig auf einzelwirtschaftliche Ressourcen- und Energieeffizienz reduziert. Folglich gibt es keine Lösung für den sogenannten Bumerang- oder Rebound-Effekt, für das bislang unge löste Problem der Entkoppelungsstrategie.

Wollte man mit einem Wort den herrschenden ressourcenpolitischen Konsens zum Ausdruck bringen, wäre Entkoppelung wohl die Vokabel der Wahl. Entkoppelung ist die zentrale systemkonforme Leitidee für die Eindämmung des Klima- und Ressourcenproblems. Die Wirtschaft soll weiter wachsen, aber der Verbrauch von Energie und Rohstoffen gleichzeitig schrumpfen.

Die Bundesregierung formuliert diese Anschauung in ihrem aktuellen Umweltbericht 2010: «Für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und damit auch ihrer nachhaltigen Nutzung ist es eine unabdingbare Voraussetzung, dass wir wirtschaftliches Wachstum dauerhaft von vermehrtem Energie- und Ressourcenverbrauch entkoppeln und darüber hinaus den Verbrauch auch absolut senken. Wir müssen unser Verständnis von Wachstum auf den Prüfstand stellen. Wir brauchen heute ein qualitatives Wirtschaftswachstum, das den ökologischen Grenzen, dem Streben der Menschen nach mehr Lebensqualität und ihren sozialen Bedürfnissen Rechnung trägt.»

Angesichts fortschreitender Rohstoffverknappung und entsprechend steigender Preise werden Tendenzen der Entkoppelung zwangsläufig stärker. Reine Effizienzstrategien, die den Verbrauch in Relation zur Wertschöpfung senken sollen, reichen aber nicht, um die Inanspruchnahme der Natur schnell, dauerhaft und absolut zu senken. Dem steht der sogenannte Bumerang- oder Rebound-Effekt entgegen.

Rebound bedeutet für den Konsum: Die in der Wohnung eingesparte Kilowattstunde entlastet das Einkommen und landet als Umsatzplus bei «Mediamarkt» oder beim Reise-

büro. Rebound bedeutet für die Produktion: Der verminderte Rohstoffverbrauch des Unternehmens senkt die Kosten und stärkt die Fähigkeit, in neue Produktlinien zu investieren. So steigert bislang jeder Effizienzgewinn an der einen den Verbrauch an anderer Stelle.

Einen systemverträglichen Ausweg aus diesem Dilemma gibt es nur, wenn die Preise für schmutzige Energie und für Rohstoffe auf breiter Front und anhaltend steigen. Mit einer deutlich spürbaren Besteuerung aller Natur-Inputs und aller Schadstoff-Outputs würde ein starker Anreiz entstehen, das Energiesystem zu erneuern und den Rohstoffverbrauch dauerhaft und stetig zu senken. Die Achillesferse dieser Strategie ist massenhafter sozialer Ausschluss. Wenn die Einkommensverteilung so ungleich bleibt wie sie ist, dann werden – bei einem deutlich steigenden Preisniveau des Naturverbrauchs – Flugreisen und vieles andere mehr zum Privileg der Gutsituierten und Begüterten. Diese Aussicht erstickt jede Politik der systematischen Ressourcenverteuerung schon im Keim.

Positiv gewendet bedeutet das: Jede angemessenen radikale Entkoppelungsstrategie verlangt eine angemessenen radikale Veränderung der Einkommensverhältnisse. Je geringer die Einkommensunterschiede, desto mehr können die Ressourcen systematisch verteuert werden, desto größer werden die Einspareffekte. Und auf dieser Grundlage lässt sich dann auch ein langfristiges Ziel formulieren, dass dem Rebound-Effekt den Garaus macht: Effizienzgewinne verwandeln sich nicht in mehr Einkommen und mehr Verbrauch, sondern in mehr freie Zeit, in mehr Freiheit. Wer Entkoppelung konsequent zu Ende denkt, landet bei der Perspektive einer freiheitlichen, egalitären Gesellschaft.

7. NICHT AUF DIE SEGENSREICHE WIRKUNG SEKTORALER VERSCHIEBUNGEN VERTRAUEN. Neben der Entkoppelungsthese gehört auch die Annahme, dass sektorale Verschiebungen von der Industrie zu den Dienstleistungen (Tertiärisierung) die ökologischen Lasten mindern, zum herrschenden Konsens. Dieser Konsens geht davon aus, dass der fortschreitende Strukturwandel von den ressourcenintensiven Industrien hin zu den ressourcenleichten Dienstleistungen dematerialisierend wirkt. Beschleunigt werde dieser Wandel dadurch, dass Wissen zunehmend Materie ersetze. Die Erfahrung zeigt aber: Genauso wenig wie relative Entkoppelung hinreicht, weil Effizienzeffekte von Mengeneffekten aufgefressen wurden, so wenig kann durch eine vermeintlich ressourcenleichte Dienstleistungsgesellschaft das Paradigma permanenten Wachstums gerettet werden.

In den meisten Industrieländern sinkt der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Beschäftigung und an der Wertschöpfung seit Jahrzehnten. In Deutschland und in Japan, den beiden Ausnahmen, hat sich die Industrie lange auf einem relativ hohen Anteilsniveau gehalten. Doch auch hier ist der Dienstleistungssektor der mit deutlichem Abstand größte Wirtschaftsbereich. In früheren Debatten wurde diese sektorale Verschiebung mit der Hoffnung verbunden, dass der ökologische Rucksack leichter werde, wenn die Fabrik-schlote verschwinden, wenn die Zahl der Bürojobs immer

weiter zunimmt. Diese Hoffnung war trügerisch, weil sie nicht zur Kenntnis nahm, dass die schmutzigen Tätigkeiten nicht verschwanden, sondern in Schwellenländer abwanderten. Ebenso wenig wurde beachtet, dass die scheinbar sauberen Jobs in einen ressourcenintensiven Kontext eingebunden sind (mehr Auto- und Flugverkehr, energiefressende städtische Gebäude- und Infrastrukturen, insgesamt steigender Strombedarf von Informations- und Kommunikationstechnologien).

Eine andere Variante angeblich segensreicher Wirkungen sektoraler Verschiebungen lautet: Wissensintensive Dienstleistungen wirken dematerialisierend, weil sie Materie durch Intelligenz ersetzen. Computer und Handy sind die naheliegenden Beispiele. Sie scheinen der Beweis dafür zu sein, dass sich der Materialaufwand und der Energiebedarf je Produkteinheit um den Faktor 100 und mehr senken lässt. Die neuere Ressourcenforschung sorgt auch hier für Ernüchterung. Über den gesamten Produktlebenszyklus betrachtet – von der Wiege der Rohstoffaufbereitung über Produktion und Konsum bis zur Bahre der Entsorgung – ist das Ergebnis der Dematerialisierung nicht mehr spektakulär. Und jenseits technischer Geräte findet Dematerialisierung kaum statt. Denn wir können unsere Nahrungsgewohnheiten zwar ändern, aber nicht Rezepte essen. Wir können Häuser optimieren, aber nicht durch Bauzeichnungen ersetzen.

8. STRATEGIEN GRADUELLEN FORTSCHRITTS REICHEN NICHT, QUALITATIV NEUE PRODUKTIVKRÄFTE UND SYSTEMISCHE REFORMEN SIND GEFORDERT. Was im Energiesektor das EEG leistet, kann in anderen Sektoren durch intelligente Steuerung von Infrastrukturen geschehen.

Relative Entkoppelung, sektorale Verschiebungen und Dematerialisierung sind – soweit sie bewusst geschehen – Strategien graduellen Fortschritts. Die Geschichte der vergangenen Jahrzehnte zeigt: Solche Strategien können die Ressourcenproduktivität tatsächlich erhöhen. Mehr als zwei Prozent jährliches Wachstum der Ressourcenproduktivität wurden aber bislang selten erzielt. Bei einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum von ebenfalls zwei Prozent wäre also der Mengeneffekt gleich null. Die Potenziale graduellen Fortschritts sind folglich eher begrenzt. Sie reichen bei weitem nicht, um die allseits proklamierten Fernziele (minus 90 Prozent jeweils bei Emissionen und Ressourcenverbrauch) zu erreichen. Selbst im Optimalfall, bei höheren Wachstumsraten der Ressourcenproduktivität, bliebe die Verbrauchsreduktion zu schwach.

Deshalb sind nicht nur graduell verbesserte, sondern auch qualitativ andere Produktivkräfte (Technologien, Produktionsprozesse, Produkte) und systemische Reformen unabdingbar. In der Energiewirtschaft ist diese Konsequenz klar und eindeutig: erneuerbare Energien müssen die konventionellen Energieträger ersetzen und sich zu einem neuen, weitgehend dezentralen Energiesystem fügen. Dabei zeigt das Erneuerbare-Energien-Gesetz eindrucksvoll, dass es mit technologiespezifischen Marktzugangs- und Preisgarantien möglich ist, Märkte zu steuern. Neue Qualitäten jenseits graduellen Fortschritts werden aber auch anderswo gebraucht. Was im

Energiesektor neue Technologien leisten, muss in anderen Bereichen eher durch systemische Reformen geschehen (intelligente Verkehrssysteme mit öffentlichem Bahnverkehr als tragende Säule, Re-Integration von Arbeit und Wohnen statt weiterer Zersiedelung, Biologisierung der Industrie und Verpflichtung zu möglichst vollständigen Stoffkreisläufen, Regionalisierung der Agrarwirtschaft, weitgehende Neuordnung des Finanzsektors).

9. WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT UMBAUEN – DABEI EINKOMMEN UND LEBENSPEKTIVEN GARANTIEREN. Das gesamte Arsenal systemkonformer Effizienzstrategien kann nur begrenzte Wirkungen haben, wenn man auf den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft verzichtet. Wer konsequenten ökologischen Umbau will, muss bereit sein, den Umbau volkswirtschaftlicher Sektoren politisch zu lenken, im Prozess des Umbaus Einkommen zu garantieren und den öffentlichen Sektor deutlich auszubauen.

Ökonomie und Ökologie sind in Harmonie nicht zu haben. Wer die ökologischen Ansprüche anhebt, muss mit wirtschaftlichen Nachteilen rechnen. Solche Thesen werden noch geäußert, aber nicht mehr so häufig wie in früheren Zeiten. Selbst Vertreter «alter Industrien» klingen bisweilen versöhnlich: Ökologie bietet auch Chancen – für mehr Wachstum und für den steigenden Export von Umweltgütern. Gegen diese Vereinnahmung sollte man gewappnet sein. Denn erstens kommt es darauf, die Selbstständigkeit neuer Unternehmen, vor allem der Anbieter erneuerbarer Energien, gegen die Vereinnahmung zu schützen und ihre Investitionshöhe zu wahren. Und zweitens ist es an der Zeit, den Spieß umzudrehen. Es geht nicht um die Frage, wie viel Ökologie zu teuer wird, sondern darum, ob wir uns die herrschende, naturgefährdende Wirtschaftsweise noch leisten können. Es gibt massenhaft Beispiele, die zeigen, dass herrschende Wirtschaftsinteressen und eingefahrene Konsumstile ökologischer Vernunft im Wege stehen.

– Ein kombiniertes System von ÖPNV und Car-Sharing, das den PKW-Bestand in Metropolen deutlich reduziert: ökologisch sinnvoll, aber schlecht für die Autoindustrie.

– Absolute Priorität für die energetische Sanierung des Gebäudebestandes und weitgehender Verzicht auf flächenkonsumierende Neubauten: gut fürs Klima (und für Handwerker), schlecht für das auf Neubauten orientierte Bauhauptgewerbe.

– Halbierung des Fleischkonsums: gut für Umwelt und Gesundheit, schlecht für Ernährungs- und Transportindustrie.

– Kräftige Besteuerung jeglichen Luxuskonsums und Ressourcenumlenkung in soziale Dienste: sozial und ökologisch vernünftig, aber schlecht für die betroffenen Industriebranchen.

– Deutliche Senkung des Ressourcenverbrauchs durch all solche Maßnahmen – ein Gewinn fürs Gemeinwesen, aber ein Verlust für die Zulieferer der Auto-, Fleisch-, Bau- und Luxusindustrie.

Heute würde niemand mehr auf die Idee kommen, einen wachsenden Energieverbrauch als wünschenswerte Entwicklung zu bezeichnen. Der Energiesektor soll einerseits einen Quellenwechsel (von fossil-atomar zu regenerativ)

vollziehen und neue Technologien anwenden. Er soll aber andererseits eben auch schrumpfen – so schnell und so deutlich wie irgend möglich. Angesichts vielfältiger ökologischer Herausforderungen wird es künftig weitere Sektoren geben, die schrumpfen müssen.

Betroffen sind dabei nicht nur Kapital-, sondern massenhaft auch Arbeitsplatzinteressen. Man kann die ökologischen Herausforderungen folglich drehen und wenden, wie man will – letztlich kommt niemand an brisanten Fragen vorbei. Was passiert, wenn ein Pfad absoluter Entkoppelung tatsächlich und dauerhaft beschritten wird? Inwieweit werden die zunächst im Zuge des Umbaus neu entstehenden Jobs die Verluste kompensieren? Wie ist die Einsparung wirtschaftlicher Aktivitäten in einen Gewinn für alle zu verwandeln? Welche verlässlichen und attraktiven Angebote gibt es für diejenigen, deren Einkommen bislang an den nun nicht mehr gebrauchten Jobs hing? Bislang mangelt es an Szenarien, die den fälligen ökologischen Umbau als gesellschaftlichen Umbau markieren. Vorherrschend sind rein appellative Pamphlete, technizistische Abhandlungen, diagrammreiche Potenzialanalysen oder die Anhäufung von guten Beispielen mit der anschließenden Beschwörung der propagandistischen Wirkung vorbildlicher Taten. All das hat im Diskurs seinen Platz, bleibt aber auf Dauer unbefriedigend. Politiktaugliche Szenarien entstehen erst, wenn die nötige Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft namhaft wird.

Erstens geht es um eine verstärkte Lenkung volkswirtschaftlicher Strukturen. Beispielsweise ist das Leitbild «Weg vom Auto und hin zum ÖPNV» klima- und verkehrspolitisch geboten. Wirklichkeit aber wird es nur, wenn starke Anreize und scharfe Vorgaben gesetzt werden. Folglich sollte die Angst vor der argumentativen Keule «Planwirtschaft» die Angriffslust nicht trüben. Denn das ökologische Problem verlangt – ob im Verkehrssektor oder anderswo – langfristige Planung, wie auch die Bundesregierung konstatiert, wenn sie ein Energiekonzept mit dem Planungshorizont von 40 Jahren vorlegt. Das Argument, dass die Politik nicht schlauer sein könne als der Markt, mag bei einzelnen Technologien zutreffen (weshalb zum Beispiel das EEG technologieoffen konzipiert wurde). Für das Ressourcenproblem insgesamt ist dieses Argument ganz sicher falsch. Die Ursache des Klimaproblems ist globales Marktversagen, konstatierte vor einigen Jahren der «Stern-Report». Politische Lenkung ist also geboten – schnell weg vom Falschen und schnell hin zum Richtigen. Ohne politische Lenkung, das zeigen alle früheren Erfahrungen intensiven Strukturwandels, ist zügiger und paralleler Abbau, Umbau und Neuaufbau wirtschaftlicher Aktivitäten nicht möglich.

Zweitens wäre es wünschenswert, den Finanzsektor scharf zu reglementieren und weitgehend zu vergesellschaften. Gegenwärtig sind nahezu alle relevanten Preise in großem Umfang spekulativ verzerrt. Kredithebel werden massenhaft missbraucht. Wer den ökologischen Umbau will, kann das nicht tolerieren. Insbesondere der Kredit, der große Hebel der Geschichte, muss im öffentlichen Interesse wirken. Wo möglich auch als direkter Notenbankkredit an öffentliche, dem Umbau verpflichtete Einrichtungen: Die britische «New Economics Foundation» lässt sich diesbezüglich von der Bankenrettung inspirieren und schlägt vor, 50 Milliarden Pfund von der englischen Notenbank direkt an den Staat zu leiten, um damit «grüne Projekte» zu finanzieren.¹

Drittens geht es um verlässliche Einkommens- und Berufsperspektiven im Prozess des Umbaus. So ist es beispielsweise schwer vorstellbar, wie ohne individuell erfahrbare Garantien überdimensionierte Sektoren (Autoindustrie, Luftfahrt und Ferntourismus, Bauindustrie, Ernährungswirtschaft, Werbebranche, Investmentbanking) schrumpfen und gewünschte Aktivitäten (erneuerbare Energien, soziale Dienste, regionalisierte Ressourcenwirtschaft, Bildung und Kultur) schnell wachsen sollen. Wer den zivilisatorischen Fortschritt will, muss für Angstfreiheit im Wandel sorgen. Chancen und Einkommen (nicht Arbeitsplätze) sind zu garantieren, damit die Angst vor dem Jobverlust ihre Basis verliert. In diesem Sinne bedarf es einer deutlichen Umverteilung von oben nach unten und einer von Grund auf renovierten Arbeitsmarktpolitik. Und es ist an der Zeit zu überlegen, wie die Verteilung der Arbeitszeiten möglichst mit Verfassungsrang geregelt werden kann. Die Chance (nicht die Pflicht) zur beruflichen Teilhabe muss garantiert sein, damit Beharrungskonstellationen ins Leere laufen. Eine Politik garantierter Teilhabe sollte die Beschäftigungspolitik bisheriger Art ablösen.

Alternativ kann man natürlich auch über ein passendes Modell von Grundeinkommen nachdenken, das ebenfalls für die Angstfreiheit sorgt, die der Umbau braucht. Erwägenswert wäre auch ein Modell, das sich an der Funktionsweise der Zentralbank orientiert. Die Zielmarke für die maximal zulässige Arbeitslosigkeit könnte beispielsweise 2 Prozent betragen. Steigt die Arbeitslosigkeit über diese Marke, wird die zulässige Arbeitszeit gesenkt. Denkbar ist die Einteilung des Arbeitsmarktes in unterschiedliche Segmente mit unterschiedlichen zulässigen Arbeitszeiten. Die ZAZA (Zentrale Arbeitszeit-Agentur) signalisiert den Unternehmen, wiederum analog zur Zentralbank, wann und wie sie eingreifen wird, um Fehlentwicklungen zu stoppen. Genauso wie die Geldverfassung mit ihrem Abschied von einer stofflichen Grundierung (früher Waren, später Edelmetalle) durch und durch politisch ist und wie heute Geld nur als politisches Geld existieren kann, so wäre eine Arbeitszeitpolitik denkbar, die klar definierten politischen Zielen folgt und mit wirksamen Instrumenten ausgestattet ist.

Viertens bedarf es eines deutlich vergrößerten öffentlichen Sektors. Ein Gemeinwesen, das zu einem tiefgreifenden Umbau fähig sein will, muss das Prinzip «nachhaltige Bedarfsdeckung» zu einem erheblichen Teil auch auf direktem Wege verwirklichen können. Die aktuelle Welle der Rekommunalisierungen sollte zu einem dauerhaften Trend werden, nicht nur Privatisierungen umkehren, sondern auch der kommunalen und regionalen Souveränität neues Terrain erschließen (siehe These 13).

¹ Siehe New Economics Foundation (London 2009). The second report of the Green New Deal Group. The cuts won't work. Dort heißt es auf Seite 24: «Why doesn't the Bank of England lend directly to the government? That is exactly what we propose. We propose that the government extends quantitative easing by £50 billion to finance expenditure under the Green New Deal. Allowing for the multiplier effect of spending, even just £30 billion would compensate for the loss of national income forecast by the Treasury in the 2009 budget. We want to short-circuit the existing system, so that money goes directly from the central bank to the government.»

10. DIE ÖKOLOGISCHE ENTHALTSAMKEIT VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN DENKENS BEENDEN – ÖKOLOGIE NICHT NUR BERÜCKSICHTIGEN, SONDERN ALS AUSGANGSPUNKT SETZEN. Wer erfolgreich für einen konsequenten Umbau werben will, muss mit dem gedanklichen Erbe des Neoliberalismus fertig werden und zusätzlich sein eigenes geistiges Rüstzeug ökologisieren. Nur eine durch und durch ökologische Auffassung von Volkswirtschaft ist rational. Die Umkehrung der Prioritäten von Ökonomie und Ökologie fällt schwer, ist aber nötig. Die entscheidende Erkenntnis lautet: nicht Nachhaltigkeit ist das Bleigewicht der Ökonomie, vielmehr ist umgekehrt die heutige Produktionsweise das Bleigewicht, das eine rationale, den Naturgrenzen entsprechende Ökonomie verhindert.

Wie wir jeden Tag leidvoll erfahren, hat die neoliberale Ära ein gedankliches Erbe hinterlassen, mit dem immer wieder zu rechnen ist: Das Denken vom Standpunkt des einzelnen Unternehmens, des einzelnen Produzenten, des einzelnen Konsumenten. Wirtschaft ist in dieser Sicht die Summe ihrer Teile. Makroökonomik, also das Erkennen von Zusammenhängen und Rationalitätenfallen, bleibt auf der Strecke. Andockend an alltägliche Erfahrungen können dann sowohl schwarz-gelbe Regierungsfiguren als auch manche von Marktgläubigkeit beseelte Sozialdemokraten und Grüne die Tugenden der schwäbischen Hausfrau, des ehrbaren Kaufmanns oder anderer Gestalten aus der Talkrunden-Märchenwelt beschwören. Künftig kommt es darauf an, nicht nur das dürftige geistige Rüstzeug des Neoliberalismus zu überwinden (wie es DIE LINKE bereits getan hat), sondern auch das volkswirtschaftliche Denken konsequent zu ökologisieren. Von Raum und Zeit, von Energie- und Stoffströmen zu abstrahieren, ist spätestens in der Gegenwart nicht mehr angemessen.

Auch Ökonomen müssen sich den ökologischen Imperativen stellen, nicht nur am Rande, sondern im Zentrum ihrer Modelle. Die gegenwärtige Wirtschaftswissenschaft – die neoklassische, überwiegend aber auch die keynesianische und die marxistische – macht das nicht. Sie untersucht wirtschaftliche Kreisläufe, ohne den Natur-Input und den Abfall-Output zu betrachten und in die Berechnungen einzubeziehen. Herman Daly, einer der besten Umweltökonomien der Gegenwart, hat das passende Bild formuliert: Die überwältigende Mehrzahl der Ökonomen denkt und handelt wie ein Arzt, der nur das Kreislaufsystem kennt und von Nahrungsaufnahme und Verdauung nichts weiß.

In der breiteren Öffentlichkeit ist die Einsicht in das Primat der Ökologie zwar kein Randphänomen mehr, aber noch weit davon entfernt, die Hauptströme öffentlicher Diskurse zu erobern. Im Unterschied zu früheren Zeiten hat zwar Nachhaltigkeit die volle Gleichberechtigung unter den wichtigen Dimensionen erhalten. Aber sie hat immer noch den faden Beigeschmack eines lästigen Kostenfaktors. Nachhaltigkeit erscheint – vor allem wenn Ziele gegeneinander abgewogen werden – als Bleigewicht, das die Gegenwart (zumindest die situierten Bürger des Nordens) am fröhlichen Treiben hindert. Solange dies so gesehen wird, bleibt «Umbau» entweder ein defensives Thema oder es erfährt eine offensive

Wendung nur, indem der Umbau seines eigentlichen Anliegens entkleidet und zum Treibsatz für mehr Wachstum umgedeutet wird. Wer sich darauf einlässt, zeichnet seinen Green New Deal gesellschaftspolitisch zu zahm, wirtschaftspolitisch zu traditionell und in seinen selbst proklamierten Zielen zu blass.

11. DIE WACHSTUMSFRAGE GEDANKLICH MIT EINEM ZWEI-PHASEN-MODELL ANGEHEN: A) ERHEBLICHE INVESTITIONEN IN EINE NACHHALTIGE PRODUKTIONSWEISE, DIE DANN B) JE MEHR SIE SICH VERWIRKLICHT, UM SO WENIGER AUF WACHSTUM ANGEWIESEN IST. Wirtschaft und Gesellschaft sind in ihrer gegenwärtigen Verfassung auf Wachstum orientiert und auf Wachstum angewiesen. Wer nicht glaubwürdig aufzeigen kann, wie der Wachstumszwang (bei Wahrung, vielleicht sogar Mehrung des Wohlstands) aufzuheben ist, bleibt in einem Dilemma gefangen. Denn wegen kurzfristiger Vorteile ist man gezwungen, immer wieder Wachstum zu fordern, obwohl klar ist, dass dies – bei einfacher Verlängerung gegenwärtiger Trends – katastrophal sein wird.

Wer einen hinreichend ambitionierten Umbau will, muss die heutige Produktionsweise in ihren vermeintlichen Stärken treffen. Das stärkste Argument der heutigen Produktionsweise ist die Wohlstandsmehrung, die einer effizienten Privatwirtschaft entspringt und als Wachstum gerechnet wird. Zunehmend wird zwar behauptet, dass wir beim Wachstum aus ökologischen Gründen vorsichtig sein sollten. Aber das ist eine hilflose Mahnung. Die eigentlichen Fragen lauten: Ist Wachstum auf dem gegenwärtigen industriellen Pfad überhaupt noch wohlstandssteigernd? Fressen nicht schon heute die gesamtökologischen Kosten des Wachstums die Wohlstandsgewinne auf?

Gegenwärtig ist Wirtschaftswachstum keine Option, die man ergreifen kann oder auch nicht, sondern systematisch erzwungen. Wirtschaftswachstum wirkt wie ein Naturgesetz, das sich der Entscheidung entzieht. Die kapitalistische Privatwirtschaft ist auf Wachstum angewiesen. Rendite- und Zinsforderungen sind nur zu bedienen, wenn die Wirtschaft wächst. Dieser Wachstumszwang gilt nicht nur für das Kapital, sondern für alle wesentlichen gesellschaftlichen Institutionen. Ob Arbeitsmarkt, soziale Sicherungssysteme oder öffentliche Haushalte – sie alle sind auf Wachstum hin konstruiert. So wie Wirtschaft und Gesellschaft gegenwärtig verfasst sind, wirkt Null-Wachstum zerstörend. Eine länger anhaltende Schrumpfung wäre eine Katastrophe, wenn Wirtschaft und Gesellschaft so blieben wie sie sind.

Deshalb lautet immer wieder die Empfehlung: «Wir müssen mehr Wachstum generieren». Wegen der kurzfristigen Effekte ist das verständlich. Konjunkturelle Aufschwünge stabilisieren die Beschäftigung, sorgen für steigende Steuereinnahmen und solidere Sozialkassen. All das sei unverzichtbar, heißt es, Wachstum also der Königsweg. Das Unbehagen mag sich in Feierstunden oder Enquete-Kommissionen austoben – im Alltag gibt es scheinbar für die Allzweckwaffe Wachstum keinen Ersatz. Das implizite Ideal herkömmlicher Wirtschaftspolitik sind sogar gleichbleibend hohe Steigerungsraten, also exponentielles Wachstum.

Jedes Umbaukonzept muss Antworten haben auf das Wachstumsproblem. Denn am Wachstum hängen Jobs, an Jobs hängen Einkommen. Einkommen aus abhängiger Beschäftigung machen aktuell rund zwei Drittel des insgesamt verfügbaren Einkommens aus. Für neun von zehn arbeitenden Menschen sind Löhne und Gehälter die einzige nennenswerte Einkommensquelle. Entsprechend heißt das dominante Motto der Politik: «Arbeit sichern, Arbeit schaffen». Unter dem Druck von Gegenwartsinteressen ist dieses Motto verständlich. Unter dem Druck der ökologischen Herausforderungen muss es aber auch andere Antworten geben. Der Ausweg aus dem Dilemma lautet: mit einem Zeithorizont von rund 20 Jahren in eine Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft hineinwachsen, die Wachstum nicht mehr braucht, die sich ohne BIP-Wachstum stabil reproduziert. Konkret bedeutet das für die erste Etappe dieses «Zwei-Phasen-Modells»: massive Umverteilung von Einkommen und Arbeit – Korrektur der Vermögensverhältnisse und Belegschaftseigentum in den Unternehmen – Durchgründung des Steuersystems – Ausbau des öffentlichen Sektors – massive Investitionen in die Ökologisierung der Energiewirtschaft, des Gebäudebestands, des Verkehrssystems und der Agrar-/Ernährungsindustrie – massiver Abbau des PKW-Verkehrs und anderer nicht-nachhaltiger Aktivitäten. Ziel dieser ersten Etappe ist eine Wirtschaftsordnung mit deutlich reduzierten ökologischen Lasten und egalitärer, garantierter Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben.

In einer späteren Wirtschaftsordnung (Phase II), die gesamt-ökologischer Rationalität verpflichtet ist, wäre jede Ersparnis von Arbeit als zivilisatorischer Fortschritt willkommen. Diese Wirtschaftsordnung würde sich, wenn Arbeit entfällt, die Frage stellen: Genießen wir die Früchte des Fortschritts und verwandeln die verminderte Plackerei in freie Zeit? Oder nehmen wir, weil nun Arbeitskapazitäten zur Verfügung stehen, neue Projekte in Angriff, die uns – bei Wahrung des ökologischen Imperativs – zusätzlichen Wohlstand bringen? Bei der Erwägung neuer Projekte könnte sich herausstellen, dass sie womöglich mehr Schaden anrichten als Nutzen stiften. Dann wäre mehr freie Zeit die richtige Option und wäre als Gewinn für die individuelle Souveränität willkommen.

Sich an den Zielen einer vernünftigen Wirtschaftsordnung zu orientieren, ist ein aus der Mode gekommenes Verfahren. Orientierung an systemischer Vernunft sollte aber eigentlich kein ungehöriger Gedanke sein. Marx hat häufig dem kapitalistischen System einen gedachten «Verein freier Menschen» gegenüber gestellt, um grundlegende Verkehren zu demonstrieren. Heute ist dieses Verfahren noch viel wichtiger als zu Marxens Zeiten. Denn die ökologische Dimension ist mit einer solchen Wucht hinzu gekommen, dass Vorsorge, Planung, Rücksicht, die Beachtung von Grenzen, insgesamt also systemische Vernunft, nicht nur als erhellendes Vergleichsmaß, sondern als praktische Anforderung zu beachten sind.

12. SCHMUTZIGE INTERESSEN ISOLIEREN, «DIE WIRTSCHAFT» SPALTEN. Der Bourgeoisie wurde einst nachgesagt, dass ihr historischer Beruf darin bestehe, die Produktivkräfte zu revolutionieren. Bei den Energie- und Rohstoffthemen erfüllt sie diesen Job nicht. Weite Teile der Unternehmerschaft sind in ökologischer

Hinsicht probleblind, wenn nicht reaktionär. Umso mehr kommt es darauf, unternehmerische Interessen zu stärken, die Gegengewichte bilden können.

Energiekonzerne, insbesondere Ölmultis, gehören zu den größten und einflussreichsten Unternehmen der Erde. Da ihr Geschäft in vielfältiger Weise und sehr unmittelbar von politischen Entscheidungen abhängt, sind sie mit Regierungen und parlamentarischen Gewährsleuten eng verflochten. Andere Branchen, wie etwa die Auto- und Chemieindustrie, werden sich zwar irgendwann im eigenen Interesse von ihrer Ölabhängigkeit lösen müssen. Aber einstweilen bleiben sie bei ihrer fossilen Basis und der daraus resultierenden Vernetzung mit Ölkonzernen. Umso schlagkräftiger sind insgesamt die fossilen Interessen, wenn es um die Verteidigung der herkömmlichen Energie- und Rohstoffversorgung geht. Weniger sichtbar, aber ebenfalls spürbar sind andere Beharrungskräfte. Der Finanzsektor, vor allem der Großteil des Investmentgeschäfts, schielt auf die kurze Frist und ist schon deshalb in weiten Teilen blind für ökologische Zyklen. Schneller Profit ist die institutionalisierte Nicht-Nachhaltigkeit.

Die Haltung zu den schmutzigen Interessen und zum Kasino spielenden Finanzsektor sollte klar sein: eingrenzen, eindämmen und wo nötig draufschlagen mit dem Hammer des Gesetzes. Jenseits dessen ist Differenzierung wichtig. Denn jede politische Kraft muss ein Interesse daran haben, den Gegner zu schwächen, möglichst zu spalten und Teile des Gegners zu sich herüberzuziehen. Und das gilt nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch. Entsprechend ist klar zu identifizieren, welche Kräfte des Besitzbürgertums und der Unternehmerschaft einzubinden sind.

Hermann Scheer und seine MitstreiterInnen haben es in der Vergangenheit geschafft, die vorrangige Einspeisung von Ökostrom mit einem breiten Bündnis zu verteidigen. Beteiligt waren nicht nur die einschlägigen Umweltschutzverbände und Initiativen, sondern auch der *Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA)*, der Interessenverband der Investitionsgüterindustrie. Aus solchen Beispielen sollten wir Konsequenzen ziehen: Wir brauchen für jedes einzelne Umbau-Projekt eine differenzierte Analyse der Interessen, um für einen möglichst breiten Kreis der Protagonisten zu sorgen.

13. IMPULSE DER GESELLSCHAFTLICHEN BASIS AUFNEHMEN, ENERGIEWENDE VON UNTEN UNTERSTÜTZEN UND BESCHLEUNIGEN. Ein Gespenst geht um in Deutschland, das Gespenst der Energieautonomie. Eine wachsende Zahl von Kommunen und Regionen verwirklicht die regenerative Wende in eigener Regie. Wenn Mandatsträger, Bürgerschaft und lokale Unternehmen erkennen, was sie können, ist auch jenseits der Energiethemen dem Privatisierungsgerede der Boden entzogen und das Terrain bereitet für andere gemeinwirtschaftliche Initiativen.

Von Nordfriesland bis zum Berchtesgadener Land, von der Pfalz bis ins brandenburgische Prenzlau wachsen bereits heute kräftige Pflanzen einer Gemeinwirtschaft neuen Typs. Und das nicht auf einem nachrangigen Feld der Politik, sondern im Zentrum der Herausforderungen, bei den entscheidenden

Fragen der Energie und der natürlichen Ressourcen. Das erklärte Ziel einer schnell wachsenden Zahl von Stadtwerken, Energiegenossenschaften, Bürgerkraftwerken, von lokalen Initiativen und Bündnissen lautet Energieautonomie auf regenerativer Basis für die jeweilige Region.

Die besten Beispiele demonstrieren, dass Ökologie, Effizienz und demokratische Gestaltungsmacht Hand in Hand gehen können. Für die herrschende Meinung klingt das naiv. Tatsächlich aber lassen sich Projekte der Energieeinsparung, der Kraft-Wärme-Kopplung und der umfassenden Nutzung regenerativer Energiequellen besser und effizienter verwirklichen, wenn die Investitionshoheit vor Ort bleibt und explizit dem Gemeinwohl dient. Nur so entsteht in Dörfern, Landkreisen und Städten die notwendige Motivation in hinreichender Breite. Nur so wächst die Bereitschaft, in eigener Regie und im eigenen Interesse die Fundamentalprobleme Energie und Klima in Angriff zu nehmen.

Wie die Praxis zeigt, ist zugunsten der jeweiligen Kommunen und Regionen ein mehrdimensionaler «Return on Initiative» möglich: neue Arbeitsplätze und zusätzliche Einkommen, günstigere Energiepreise (Kraft-Wärme-Koppelung), weniger Emissionen, schrittweise Entmachtung von Energiekonzernen durch eigene Energieerzeugung, Stärkung der kommunalen Demokratie und der lokalen Steuerbasis, stabile regionale Kreisläufe, profitable Verwertung von Rest- und Abfallstoffen statt kostenträchtige Entsorgung, kommunale Souveränität statt Abhängigkeit von externen Investoren.

Wer diese Früchte ernten will, muss begreifen: Energiefragen sind immer auch Gesellschaftsfragen. Wer Energiefragen fachpolitisch verkürzt, etwa nach dem Motto «verlässliche Versorgung zu günstigen Preisen», verfehlt das Potenzial einer neuen, dezentralen Energiestruktur. Rekommunalisierung kann deshalb nicht nur bedeuten, privatisierte Stadtwerke und/oder Verteilnetze wieder in öffentliches Eigentum zu überführen, um auf diesem Wege die Energiepreise sozialverträglich zu gestalten. Vielmehr ist von vornherein die eigene Produktion von Strom und Wärme ins Visier zu nehmen, weil erst mit integrierten Konzepten der Schatz einer «Energiewende von unten» gehoben werden kann. Ein kräftiges Kapitel «Demokratischer Ökosozialismus» kann vor Ort geschrieben werden, wenn in Kooperation mit privaten Initiativen und lokalen Dienstleistern die Übernahme weiterer Teile der Energieversorgungskette gelingt.

14. SUBJEKTIVE VERÄNDERUNGEN WAHRNEHMEN, CHANCEN FÜR BÜNDNISSE NICHT VERSPIELEN. DAS AUFKEIMENDE EGALITÄRE RECHT AUF GLEICHE NUTZUNG DES UMWELTRAUMS STÄRKEN UND MIT DER SKEPSIS GEGENÜBER ÜBERTRIEBENEM KONSUM VERBINDEN. In einer endlichen Welt können manche Naturgrenzen durch technologischen Fortschritt gedehnt werden, aber längst nicht alle. Insofern ist die Naturnutzung des einen auch der Nutzenentzug für den anderen. Wer auf hohem Niveau weiteren Zuwachs fordert, gefährdet das viel elementarere Entwicklungsrecht anderer. Die Polarisierung von Einkommen und Vermögen ist folglich nicht nur eine Fehlentwicklung, sondern ein Verbrechen, wenn man diese Polarisierung unter ökologischen Gesichtspunk-

ten betrachtet. Je mehr sich diese Erkenntnis verbreitet, je mehr sich ökologisches Leben kulturell verankert und zum unmittelbaren Interesse wird, desto besser werden die Chancen für einen ambitionierten Umbau.

Gleichzeitig an vielen Fronten und sogar im Kern der gesellschaftlichen Verhältnisse Wesentliches ändern zu wollen, scheint auf den ersten Blick unmöglich und stößt auf Skepsis. Zu starr, zu unbeweglich erscheinen die Verhältnisse. Tatsächlich aber werden die Triebkräfte des Wandels stärker. Denn es spricht sich herum, dass es in einer endlichen Welt elementare Rechte der Naturnutzung und einklagbare Pflichten des Naturschutzes geben muss.

Dabei hat der ethische Gleichheitsanspruch eine ökonomische Schwester im Geiste, die bekannte Weisheit über den fallenden Grenznutzen. Denn für den einzelnen Konsumenten gilt: Je größer der bereits erreichte materielle Wohlstand, desto schwächer wird der Grenznutzen zusätzlichen materiellen Wohlstands. Aber einer gewissen Stufe ist ein reines Mehr an Gütern kaum noch ein Zuwachs an subjektivem Wohlfühlen. Dann regiert eher das (prinzipiell schrankenlose) Bedürfnis nach Statusdifferenz, dessen Irrationalität zu brandmarken ist. Häufig hat das Akkumulieren von Gütern auch psychotische Züge: Ersatz für fehlende Zuwendung und Anerkennung, Bestätigung, Trost oder Ausgleich für Entbehrungen und Beleidigungen.

In der großen Umbau-Studie «Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt» wird unmissverständlich hervorgehoben, dass Gerechtigkeit und Ökologie zusammen gehören, dass in Verhältnissen der Ungerechtigkeit der notwendige ökologische Wandel nicht gelingen kann, dass man die ökologische Herausforderung in einem umfassenden Sinn begreifen müsse. Entsprechend verlangt die Studie «statt Einzelmaßnahmen systemische Reformen, weil sich die miteinander verschränkten Probleme nur gemeinsam lösen lassen. Noch dominiert in der nationalen Politik eine Strategie des «grünen» Wachstums, ohne die Voraussetzungen einer solchen Politik zu überprüfen. Und in der internationalen Politik wird isoliert über den Klimawandel oder den Schutz der Biodiversität verhandelt, ohne einen systematischen Bezug zwischen beiden oder beider mit der Gerechtigkeitsfrage zwischen den Menschen und den Völkern herzustellen.» (Zukunftsfähiges Deutschland, Bonn 2008: 458) All das sind rote Forderungen für den grünen Umbau. Konsequente Ökologen sind linke Ökologen. Umgekehrt sollte genau so klar sein: Nur eine ökologische LINKE ist zukunftsfähig.

15. DIE ENTKOPELUNG VON GÜTERMENGE UND WOHLSTAND ZEIGT SICH NICHT NUR INDIVIDUELL UND SUBJEKTIV, SONDERN AUCH GESAMTWIRTSCHAFTLICH UND OBJEKTIV. Subjektive Einschätzungen gelten nicht als harte Fakten. Deshalb ist der abnehmende Grenznutzen zusätzlichen materiellen Wohlstands, der zwar in vielen Studien nachgewiesen wurde, aber eben nur auf der Erhebung von Meinungen beruht, kein durchschlagendes Argument. Dieses Argument lässt sich schärfen, weil derselbe Zusammenhang auch für die Volkswirtschaft als Ganzes gilt.

Seit langem wird an neuen Maßen der Wohlstandsmessung gearbeitet, die nicht nur Güter und Dienstleistungen enthalten, sondern auch wichtige andere Dimensionen wie etwa Verhältnissen, Zeitbudgets, Folgekosten der Umweltgefährdung oder Ressourcenerschöpfung. Seit der Publikation des «Stiglitz-Berichts», den der französische Präsident in Auftrag gab, sind solche alternativen Wohlstandsmaße nicht mehr ein randständiges Thema. Mit ihnen lässt sich demonstrieren, dass in Nordamerika und Westeuropa die ehemals enge Korrelation zwischen Gütermenge und Wohlstand kaum noch gilt.

Wenn aber der auf traditionelle Weise gemessene Wohlstand (BIP) umso weniger mit dem tatsächlichen übereinstimmt, je reicher die Individuen oder – auf der volkswirtschaftlichen Ebene – je reicher die Länder, dann liegt die Konsequenz nicht fern: Die Kappung am oberen Ende ist nicht nur eine ökologisch gebotene, sondern auch eine ökonomisch rationale Tat. Was keine Effekte mehr bringt, kann man auch weglassen. Das Ziel des Wirtschaftens sollte folglich lauten: «naturverträgliches, egalitäres Wohlstandsoptimum statt ressourcenvernichtendes Gütermaximum».

16. NEUE LINKE LEITBILDER FORMULIEREN.

Marxisten vergangener Epochen konnten noch hoffen, zumindest die Illusion haben, dass die vom Kapitalismus hervorgebrachten Produktivkräfte für eine sozialistische Gesellschaft tauglich und auf den vorgegebenen Bahnen weiterzuentwickeln seien. Später konnten Keynesianer auf die Idee kommen und sie auch praktizieren, dass vernunftgeleitete Staatsintervention inklusive gerechterer Verteilung die Pferde besser zum Saufen führe, auf dass sie den Wohlstand mehren. Diesen beiden Traditionen linken Denkens und Handelns wird mit den ökologischen Herausforderungen der Boden entzogen. Linke Leitbilder können nur im ökologisch-egalitären Geist neu entstehen.

Die gewaltige Last der ökologischen Herausforderungen wird nur dann zu bewältigen sein, wenn sich die Abwehr von Gefahren mit Visionen verbündet, die begeistern können. Angesichts der Dis-Ökonomien der heutigen Produktionsweise sollte gelten: Sich den Herausforderungen in ihrer ganzen Wucht zu stellen bedeutet nichts weniger als das Tor aufzustoßen zu einer egalitären, rationalen Produktionsweise. Nachhaltigkeit ist kein lästiger Kostenfaktor, kein Bleigewicht, keine leidige Notwendigkeit, sondern ein Türöffner für eine lebenswertere Zukunft, ein Fenster der Gelegenheit für mehr Rationalität und Egalität.

Mit überzeugenden Antworten ließen sich vielleicht auch diejenigen für einen Neuanfang gewinnen, die bislang noch von der Schnelligkeit fasziniert sind, die ihnen der Kapitalismus bietet. Noch rühmen allzu viele Träger von Wissenschaft und Technik die Verwertungsmaschinerie als ihren natürlichen Verbündeten. Anträge, sachfremde Entscheider, Bürokraten, Verwaltungsvorschriften sind ihnen ein Gräuel – sie wollen Tempo, Leistung, Orientierung an der Sache. Wenn niemand mit Ernst und argumentativer Kraft Grundzüge anderer Strategien, einer anderen, besseren Gesellschaft beschreibt, werden Millionen Kopfarbeiter sich auch künftig von Verantwortung fernhalten, Politik als zwangsläufig schmutzig und

jegliches Engagement als blauäugig denunzieren. Auch sie und gerade sie werden gebraucht, wenn wir den Kurs der Zerstörung verlassen und eine neue Reise buchen wollen.

Um wieder Visionen zu gewinnen, sollte sich die gesellschaftliche Linke mit aller gedanklichen Konsequenz auf den Standpunkt begeben: «Dies ist nicht das Land eitler Herrschaften, die außer einer Verschärfung ihres miserablen Kurses nichts zu bieten haben. Dies ist unser Land.» Diese Haltung kann sich in eine Anleitung zum Selbstmord verwandeln, wenn sie tagespolitisch missverstanden oder auf Regierungsbeteiligungen verkürzt wird. Intellektuell aber ist eine Verantwortungsethik, die aufs Ganze zielt, wichtig, damit der billige Verbalradikalismus genauso aus den Köpfen verschwindet wie die ebenso billige Anbiederei. Wir brauchen ein Denken, das sich schonungslos fragt: Was haben wir zu bieten, wenn die Welt nach Veränderung schreit?

Für die heute am Pranger stehenden Neoliberalen hat ihr konsequentester Ahnherr 1949 beschrieben, worum es für ihn und seinesgleichen damals ging. Als der Zeitgeist noch sozialistisch war und niemand die spätere liberale Renaissance für denkbar hielt, ermahnte Friedrich August von Hayek sein bürgerliches Publikum, sich der eigentlichen Stärke seiner Gegner zu stellen: «Die wichtigste Lektion, die der wahre Liberale vom Erfolg der Sozialisten lernen muss, besteht darin, dass es ihr Mut zur Utopie war, der ihnen die Unterstützung der Intellektuellen sicherte und dadurch einen Einfluss auf die öffentliche Meinung, der tagtäglich möglich macht, was noch vor kurzem als unerreichbar galt ... Daraus folgt: Wir müssen es schaffen, die philosophischen Grundlagen einer freien Gesellschaft erneut zu einer spannenden intellektuellen Angelegenheit zu machen, und wir müssen ihre Verwirklichung als Aufgabe benennen, von der sich die fähigsten und kreativsten Köpfe herausgefordert fühlen. Wenn wir diesen Glauben an die Macht der Ideen zurückgewinnen, der die Stärke des Liberalismus in seinen besten Zeiten war, dann ist der Kampf nicht verloren.»²

Genau darum geht es heute – nur müssen wir erneut die Rollen vertauschen und sie zeitgemäß interpretieren. Auf eine Formel gebracht: Der Umbau muss in kräftigem Rot auftreten, wenn er sattgrün werden soll.

Dr. Hans Thie, Referent für Wirtschaftspolitik der Linksfraktion im Bundestag

² Hayek, Friedrich August von (1949). *The Intellectuals and Socialism*. In: *The University of Chicago Law Review* (Spring 1949). Eigene Übersetzung

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)

STANDPUNKTE 2011

1/2011

JÖRN SCHÜTRUMPF

Rosa Luxemburg oder: die Freiheit der Andersdenkenden

2/2011

JOCHEN WEICHOLD

Der Höhenflug der Grünen –
eine Herausforderung für DIE LINKE?

3/2011

AXEL TROOST

Quo vadis Finanzreform?
Die Vorhaben zur Regulierung der internationalen
Finanzmärkte und was daraus geworden ist

4/2011

MICHAELA KLINGBERG

Der Sockel des Kaisers muss es sein

5/2011

ROLF GÖSSNER

Im Geist des Kalten Krieges –
im Namen der «streitbaren Demokratie»
Bundesverwaltungsgericht: Verfassungsschutz-
Beobachtung Bodo Ramelow's (MdB) und
der Linkspartei ist rechtmäßig

6/2011

FRIEDRICH BURSCHEL

Geld gegen Gesinnung. Bundesförderung gegen alle
möglichen «Extremismen» gibt es künftig nur noch nach
einem ideologischen Kotau

7/2011

SARAH SCHULZ

Vom Werden der fdGO. Das SRP-Verbotsurteil von 1952

8/2011

ALEXANDRA MANSKE

Die «Neu-Erfindung» der Arbeitsgesellschaft.
Erosion und Beharrung in den Geschlechterverhältnissen